



## Inhaltsverzeichnis

07.10.2025	Süddeutsche Zeitung: Gorleben lebt	3
07.10.2025	Süddeutsche Zeitung München Stadt: Geheime Routen	6
06.10.2025	merkur.de: Betreiber von Atomkraftwerk ist insolvent – Abbruch könnte das Land Milliarden kosten	7
06.10.2025	RADIO RST: Proteste gegen Atommüll-Transporte nach Ahaus	8

## Gorleben lebt

Nach 40 Jahren laufen die Genehmigungen für Deutschlands Atom-Zwischenlager aus und müssen neu erteilt werden. Den Anfang macht ausgerechnet das im Wendland. Da bleiben Proteste nicht aus.

**Berlin** – Mit dem Spazierengehen kennen sich die Wendländer aus. Jahrelang, Sonntag für Sonntag, spazierten sie aus Protest gegen ein geplantes Atom-müll-Endlager durch die Wälder bei Gorleben. Das Endlager kam nicht. Doch diesen Sonntag rief die örtliche Bürgerinitiative wieder zur Demo, und die Spaziergänger kamen – mit Fahnen, Plakaten und Traktoren. Diesmal sollte es nicht mehr um ein End-, sondern um ein Zwischenlager gehen.

Das wiederum liegt seit 1995 gleich gegenüber, auf der anderen Seite der Landstraße, nur wenige Hundert Meter vom einstigen Erkundungsbergwerk entfernt. Rundherum ist Wald. Im Zentrum des Protestes stand das Zwischenlager auch in der Vergangenheit schon – dann nämlich, wenn per Bahn wieder einmal Castoren mit hoch radioaktivem Müll anrollten, Abfälle aus deutschen Atomkraftwerken. 113 solcher Castoren stehen nun dort und warten auf ein Endlager. Wann das fertig sein wird, weiß niemand.

16 solcher Zwischenlager gibt es in Deutschland. Genehmigt wurden sie jeweils für 40 Jahre, seinerzeit galt das als realistischer Zeitraum für den Bau eines Endlagers. Doch nun laufen die Genehmigungen peu à peu aus – und als Erstes die für Gorleben. 2034 endet sie. Für die Genehmigungsverfahren, die damit anstehen, ist das quasi übermorgen. Weshalb das Verfahren ganz formal diese Woche beginnt. Nicht im Wendland, sondern in Salzgitter.

Dorthin lädt das Bundesamt für die Sicherheit der kerntechnischen Entsorgung (BASE) diesen Dienstag alle möglichen Behörden zum sogenannten „Scoping-Termin“. Er soll abklopfen, was bei

den anstehenden Umweltprüfungen alles in den Blick genommen werden soll. „Die Verlängerung der Zwischenlager-Genehmigungen ist für uns eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre“, sagt Chris Kühn, der Präsident des Bundesamts. „Selbst wenn die ursprünglich geplanten Zeitpläne der Endlagersuche eingehalten worden wären, hätten wir diese Verlängerungen gebraucht.“ Das Verfahren in Gorleben ist für die Behörde so eine Art Pionier-Projekt.

Doch schon weckt es die ersten Widerstände, denn in der Region fühlen sich einige an Schlachten von einst erinnert. Das liegt auch daran, dass man über Gorleben zunächst im 150 Kilometer entfernten Salzgitter berät, wo das BASE einen Standort unterhält. „Offenbar will man allen Widerständen aus dem Weg gehen“, sagt etwa Asta von Oppen, die den Protest vor Ort koordiniert. Wieder solle etwas ohne große Beteiligung durchgedrückt werden. „Das weckt gerade in Gorleben schlechte Erinnerungen“, sagt Oppen.

Tatsächlich ist Gorleben bis heute das beste Beispiel, wie sich solch ein Projekt gerade nicht umsetzen lässt. Gelegentlich im letzten Winkel der alten Bundesrepublik, an der Grenze zur DDR, wurde der dortige Salzstock gewissermaßen über Nacht zum Favoriten für ein Endlager. Ein ganzes „nukleares Entsorgungszentrum“ wollte die niedersächsische Landesregierung hier Ende der Siebziger aufziehen, samt Wiederaufbereitungsanlage. Um Widerstände der Bevölkerung kümmerte sich in den Jahren darauf vor allem die Polizei, Vorbehalte von Geologen wurden plattgebügelt. Erst 2013 endeten die Erkundungsarbeiten. Seither läuft die Suche nach einem neuen Standort, diesmal

nach geologischen Kriterien. Ende: unbekannt.

Sicher ist nur, dass es mehr als 40 Jahre dauern wird, bis Deutschland ein Endlager für hoch radioaktiven Müll hat. Auch die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Herz des Widerstands im Wendland, geht von „100 plus X“ Jahren aus.

Eine „Prozessanalyse“ im Auftrag des BASE kam im vorigen Jahr zu dem Ergebnis, dass sich allein die Suche bis 2074 hinziehen könnte – und zwar im Idealfall. Dann wäre es noch nicht errichtet, geschweige denn ein einziger Castor in der Tiefe entsorgt.

**Es gehe exemplarisch um alle Zwischenlager, sagen die Gorleben-Aktivistinnen**

Fragt sich nur, was solche Zeiträume für die Sicherheit der Zwischenlager bedeuten. Das Lager an sich stellen auch die Umweltschützer aus dem Wendland nicht infrage. „Die Behälter sollen nur noch einmal bewegt werden“, heißt es in einer Stellungnahme für das Behördentreffen in Salzgitter, nämlich „an den Standort eines prospektiven Endlagers, um Strahlenrisiken, Unfälle und Sabotage zu minimieren“. Ob allerdings die derzeitige Halle allen Risiken gewachsen ist, daran haben sie ihre Zweifel.

Denn seit 1995 hat sich die Welt verändert – und wer weiß schon, wie sie in 40 Jahren aussieht? So könnten Waldbrände in Zeiten des Klimawandels wahrscheinlicher werden. Schon 1975 hatte einmal ein Brand an die 2000 Hektar Wald in der Gegend vernichtet.

Auch gegen gezielte Drohnenangriffe sei das Zwischenlager schlecht gewappnet, warnt die Bürgerinitiative – zumal seine Wand- und Deckenstärken hinter denen anderer Zwischenlager zurückbleiben. Und schließlich: Auch die Castoren selbst werden nicht jünger.

Im Verfahren Nummer eins geht es aber auch ums Prinzip – etwa um die Frage, ob ausgerechnet der Schutz vor „Einwirkungen Dritter“, also etwa Terrorgefahren, aus der Prüfung der Umweltverträglichkeit ausgeklammert wird. Das BASE will dergleichen nur nach Atom-

recht prüfen. „Die Öffentlichkeit bliebe so aktuell außen vor“, warnt Johann Köppel, emeritierter Experte für Umweltprüfungen von der Technischen Universität Berlin. „Vertrauen würde das nicht schaffen.“

Feste Vorgaben gibt es für all das nicht. Zwar existiert ein „kerntechnisches Regelwerk“: Das aber ist vor allem auf den Betrieb von Atomkraftwerken ausgerichtet. Es müsse neu aufgestellt werden, sagt auch Behördenchef Kühn. „Jetzt rücken immer stärker die Entsorgungsfragen in den Vordergrund.“ Und

natürlich würden auch die Menschen vor Ort noch beteiligt, jenseits des Termins in Salzgitter. „Die eigentliche Bürgerbeteiligung wird natürlich in der Region stattfinden“, beteuert Kühn.

Die Wendländer wären nicht Wendländer, würden sie davon keinen Gebrauch machen – die Demo am Sonntag war nur ein Anfang. „Es geht ja nicht nur um uns und Gorleben“, sagt Asta von Oppen, die auch in der Endlagersuche aktiv ist. „Sondern exemplarisch um alle Zwischenlager in Deutschland.“

Wörter: 911  
Autor/-in: Von Michael Bauchmüller  
Seite: 6 bis 6  
Rubrik: POLITIK  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Nummer: 230  
Ausgabe: Hauptausgabe  
Auflage: 85.910 (gedruckt)<sup>1</sup>  
111.339 (verkauft)<sup>1</sup>  
114.153 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,4169 (in Mio)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 07/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

# Nicht für immer

Zwischenlager für Atommüll in Deutschland  
(in Klammern: genehmigt bis)



SZ-Grafik; Quelle: Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung

<sup>1</sup>aktuell keine gültige Aufbewahrungsgenehmigung, das Neugenehmigungsverfahren läuft;

<sup>2</sup>aktuell keine gültige Aufbewahrungsgenehmigung; die Aufbewahrung erfolgt auf Basis einer aufsichtlichen Anordnung

**Abbildung:** Ein Bergmann geht durch das ehemalige Erkundungsbergwerk im niedersächsischen Gorleben. Dort wird Atommüll gelagert.  
**Fotograf/-in:** FOTO: PHILIPP SCHULZE / DPA

## Geheime Routen

Abgebrannte Brennstäbe aus dem Garching Reaktor sollen per Castor-Transport ins Zwischenlager Ahaus gefahren werden.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) hat offenbar zwei Castor-Transporte vom Forschungsreaktor FRM2 in Garching bei München ins Zwischenlager ins nordrhein-westfälische Zwischenlager Ahaus genehmigt. Die Container enthalten hochangereicherten radioaktiven Atommüll aus abgebrannten Brennstäben, heißt es in einer Mitteilung der Landtags-Grünen zu dem geplanten Transport.

Konkrete Termine und Fahrstrecken sind demnach geheim, doch die Route werde zwangsläufig den nördlichen Landkreis München und die Gemeinde Eching im Landkreis Freising betreffen – dicht besiedelte Gebiete, wie der in Eching lebende Bundestagsabgeordnete der Grünen, Leon Eckert ergänzt.

Er nennt die Transporte der Brennelemente „hochproblematisch“ und kritisiert die Staatsregierung: Anstatt eine Lösung für die sichere Bearbeitung und

Endlagerfähigkeit zu entwickeln, werde das Problem über Hunderte Kilometer und ohne Perspektive auf ein Endlager verschoben. Für die Menschen entlang der Strecke entstehe ein unkalkulierbares Risiko – und: „Geheimhaltung ersetzt hierbei keine Sicherheitskonzepte.“

**Das Brennelemente-Lager ist fast voll, der Reaktor seit März 2020 stillgelegt**

Die Grünen im Landtag erneuern unterdessen ihre Kritik am Umgang mit den hoch angereicherten Brennelementen aus Garching. Das Material sei potenziell atomwaffenfähig und international geächtet. Der FRM2 sollte längst auf niedrig angereichertes Uran umgerüstet sein, was die TU München mit Rückendeckung der Staatsregierung viele Jahre lang verschleppt habe. Weil das Brennelemente-Lager am Standort Gar-

ching fast voll ist, solle das Material nun in eine andere Lagerhalle in NRW verschoben werden, so der Vorwurf.

Denn um den seit März 2020 still stehenden Reaktor wieder in Betrieb nehmen zu können, müsse das Lager für neuen Atommüll geleert werden. Statt die Brennelemente endlagerfähig zu machen, schiebe die TUM diese Aufgabe seit über 20 Jahren vor sich her. „Dabei wäre mit dem Radiochemie-Institut an der TU in München am ehesten die Kompetenz dafür vorhanden“, so die Landtagsabgeordnete Claudia Köhler. Alle potenziellen Anwohnerinnen und Anwohner der geheimen Transportroute können sich mit einer Einwendung an das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung wenden (Wegelystraße 8, 10623 Berlin, Deutschland; info@ba-se.bund.de).

**Kerstin Vogel**

Wörter: 328  
Autor/-in: Kerstin Vogel  
Seite: 29 bis 29  
Rubrik: MÜNCHEN & REGION  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Nummer: 230  
Ausgabe: Nebenausgabe  
Auflage: 34.107 (gedruckt)<sup>1</sup>  
52.118 (verkauft)<sup>1</sup>  
53.212 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,17932 (in Mio)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 2/2025

<sup>2</sup> AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 merkur.de

## Betreiber von Atomkraftwerk ist insolvent – Abbruch könnte das Land Milliarden kosten

6. Oktober 2025 00:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Ein Kernkraftwerk in Nordrhein-Westfalen meldet Insolvenz an. Die Pleite des Betreibers könnte das Land Milliarden für den Abbruch kosten.

Hamm – Die Betreibergesellschaft des bereits seit 1989 stillgelegten Kernkraftwerks THTR in Hamm-Uentrop steht vor dem finanziellen Aus. Die Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) hat beim Amtsgericht Dortmund Insolvenz beantragt, nachdem die Finanzierung des geplanten Rückbaus gescheitert war. Dem Land Nordrhein-Westfalen und damit dem Steuerzahler droht nun ein Milliarden-Grab für ein Atomkraftwerk, das netto nur 423 Tage unter Vollast Strom geliefert hat.

Laut Angaben des Amtsgerichts Dortmund wurde das Verfahren eingeleitet, nachdem die Finanzierung des geplanten Rückbaus gescheitert war, wie David Bunzel aus der von der Staatsanwaltschaft als vorläufiger Insolvenzverwalter bestellten Kanzlei Husemann & Partner gegenüber IPPEN.MEDIA am Donnerstag (25. September) bestätigte.

### Kernkraftwerk-Betreiber insolvent: Milliarden-Rückbau wird zum Steuerzahler-Problem

„Ziel des Verfahrens ist es, die bisherige geordnete Stilllegung des Kernkraftwerkes durch Herstellung und Aufrechterhaltung des Betriebes des sog. sicheren Einschlusses fortzusetzen und den planmäßigen Rückbau des Kernkraftwerks THTR-300 im nordrhein-westfälischen Hamm-Uentrop zu sichern“, heißt es in einer Pressemitteilung der Kanzlei.

Die Betreibergesellschaft, hinter der der Energiekonzern RWE und einige Stadtwerke stehen, hatte zuvor vom Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen die Übernahme der Kosten für den Abbau sowie für die Entsorgung und Endlagerung des strahlenden Materials gefordert. Eine entsprechende [Klage der Betreiber um die Atom-Abrisskosten](#) scheiterte jedoch bereits 2024 vor dem Landgericht Düsseldorf. Auch die Berufung wurde im Juni 2025 vom Oberlandesgericht Düsseldorf abgewiesen.

Mit der vom Betreiber angemeldeten Insolvenz des Kernkraftwerks schwebt nun mit der Frage um die Abbruch-Kosten ein riesiges Damoklesschwert über der Landesregierung – es geht um nicht weniger als einige Hundert Millionen Euro, die der ab 2030 über zehn Jahre geplante Abbruch des Kraftwerks kosten soll.

Bereits von den ursprünglich mit 350 Millionen DM veranschlagten – und am Ende um die vier Milliarden DM teuren – Baukosten hatten den Löwenanteil die Bundesregierung mit 63 Prozent und das Land NRW 11 Prozent getragen.

Kernkraftwerk in NRW: THTR-300 (Thorium-Hoch-Temperatur-Reaktor) Lage: Hamm-Uentrop  
Baubeginn: 01.05.1971  
Kommerzielle Inbetriebnahme: 01.06.1987  
Abschaltung: 29.09.1988  
Baukosten: Ca. vier Milliarden DM

Lange schon ist für den Abbruch nicht mehr von den ursprünglich angesetzten 350 Millionen Euro die Rede. Bereits 2021 sprach der NRW-Landtag auf Anfrage der [Grünen](#) offiziell von 753 Millionen Euro Gesamtkosten, mittlerweile wird über einen Betrag in Milliardenhöhe spekuliert.

### „Nukleare Sicherheit jederzeit gewährleistet“: Land rechnet bereits mit Übernahme der Abrissarbeiten

Auf Anfrage der Redaktion erklärte eine Sprecherin des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE): „Das Wichtigste aus Sicht der [Atomaufsicht](#): Die [nukleare Sicherheit](#) des THTR ist von der Insolvenz nicht betroffen, sie ist weiter gewährleistet“. Der sichere Einschluss der Anlage erfülle weiterhin alle sicherheitstechnischen Anforderungen und werde von der nordrhein-westfälischen [Atomaufsicht](#) laufend überwacht.

„Auch während des Insolvenzverfahrens bleibt die Aufsicht engmaschig bestehen“. Könnte die Betreibergesellschaft notwendige Maßnahmen nicht mehr selbst umsetzen, werde die Aufsicht über sogenannte Ersatzvorhaben eingreifen: „Dafür hat das Land vorsorglich einen Rahmenvertrag mit einem qualifizierten Fachunternehmen abgeschlossen, das jederzeit Maßnahmen übernehmen kann. So ist die [nukleare Sicherheit](#) jederzeit gewährleistet.“

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 RADIO RST

## Proteste gegen Atommüll-Transporte nach Ahaus

6. Oktober 2025 07:59 | Medienart: Online | Visits/Monat: 54.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Sie wollen nicht hinnehmen, dass in Ahaus weiterer [Atommüll](#) aus Jülich eingelagert wird: 41 Initiativen und

Verbände haben am Samstag (04.10.) gemeinsam gegen die geplanten Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus demonstriert. Rund 500 Menschen sind dem Aufruf gefolgt. Kirchengemeinden und auch der BUND NRW beteiligten sich an den Protesten. Ein wichtiges Anliegen der Demonstrierenden: Gegen die genehmigten Transporte gibt es eine Klage, über die noch nicht entschieden wurde. Sie wollen verhindern, dass noch vor dieser gerichtlichen Entscheidung Fakten geschaffen werden.

Castor-Transporte sollen über die Straße nach Ahaus rollen

Ende August hatte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) entschieden, dass 152 Atommüllbehälter, sogenannte Castoren aus dem Zwischenlager in Jülich ins Zwischenlager in Ahaus gebracht werden dürfen. Sie sollen über die Straße transportiert werden. Noch gibt es keinen konkreten Termin, es solle aber noch in diesem Jahr erste Transporte geben, hieß es.

Immer wieder Proteste gegen Atommüll

Die Demonstrierenden kritisieren, dass bislang eine gerichtliche Entscheidung zur Transportgenehmigung aussteht und fordern, bis dahin keine Fakten zu schaffen. Außerdem sei das Zwischenlager in Ahaus nur noch bis 2036 genehmigt, wodurch die Transporte aus ihrer Sicht sinnlos seien. Schon seit Jahren sorgen Atommülltransporte nach Ahaus für Gegenwind. Noch Ende vergangenen Jahres hatten Anwohner:innen und die Stadt Ahaus gegen die Lagerung von Atommüll geklagt. Sie scheiterten mit einer Klage vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster.

Warum soll der Atommüll überhaupt nach Ahaus verlegt werden?

Seit 2013 gibt es keine Betriebsgenehmigung mehr für die Lagerung von Atommüll in Jülich. Das Zwischenlager wird seitdem auf Basis einer atomrechtlichen Anordnung des Landes Nordrhein-Westfalen betrieben. Das Wirtschaftsministerium des Landes hatte angeordnet, das Lager zu räumen. Drei Optionen wurden daraufhin geprüft: Transport nach Ahaus oder in die USA oder der Neubau eines Zwischenlagers in Jülich.

---